

Mayday in Deal or

Nur Stunden nach Theresa Mays Rücktrittserklärung stand in Interlaken ein bestens gelaunter Boris Johnson auf der Bühne. Er hat gute Chancen, sie in Downing Street zu beerben.

FABIENNE KINZELMANN

Am Freitag sagte die scheidende Premierministerin unter Tränen: **«Das Amt war die grösste Ehre meines Lebens.»** 14 Tage später, am 7. Juni, wird Theresa May (62) die Führung der britischen Konservativen abgeben. Nur drei Stunden, nachdem sie vor Downing Street 10 bittere Tränen vergoss, stand ihr möglicher Nachfolger Boris Johnson (54) triumphierend auf einer Bühne in Interlaken BE.

Seinen 40-minütigen Auftritt beim Swiss Economic Forum hatte Mays Hauptwidersacher innerhalb der Konservativen Partei, Ex-Bürgermeister von London, Ex-Aussenminister und möglicher nächster Premierminister Grossbritanniens erst vor einer Woche zugesagt: **«Heute ist ein sehr guter Tag, nicht in London zu sein»**, witzelte Johnson. Zu Hause hätte er sich wohl deutlich härteren Fragen stellen müssen. In Interlaken konnte er moderate Töne anschlagen.

Für die am Brexit-Chaos gescheiterte Premierministerin hatte Johnson plötzlich warme Worte übrig. May habe «unglaublich hart» gearbeitet, er sei ihr sehr dankbar.

May hat sich nie davon erholt, dass sie nach vorgezogenen Neuwahlen 2017 die Mehrheit verlor. Ihre politischen Gegner, Öffentlichkeit und Medien gingen nicht zimperlich mit ihr um, mehr als einmal wurde der «Mayday» ausgerufen.

Doch May hielt sich. Sie ging nicht, als sie die erste Abstimmung über ihren Brexit-Deal verlor. Auch nicht nach der zweiten und der dritten Niederlage. **Zwar klammerte sie sich nicht an die Macht, folgte aber ihrem unbedingten Verantwortungsgefühl, das ihr als Pfarrerstochter in die Wiege gelegt worden war.**

Ex-Aussenminister Boris Johnson bringt sich ausgerechnet in Interlaken in Stellung für die May-Nachfolge.

Grossbritannien No Deal

Sie zog erst dann die Reissleine, als Partei und Opposition nicht mehr auf ihren letzten Kompromissversuch eingehen wollten.

May kam wegen des Brexit ins Amt. Nun geht sie wegen des Brexit. Johnson, der nun nach ihrem Amt greift, scheute nach dem Referendum 2016 noch die Verantwortung für die Durchsetzung des EU-Austritts. Er wurde Aussenminister – und trat 2018 zurück.

Aktuell droht ihm ein Prozess, weil er in der Brexit-Kampagne falsche Angaben über die Kosten der EU-Mitgliedschaft gemacht haben soll. **Er behauptete wider besseres Wissen, Grossbritannien zahle wöchentlich 350 Millionen Pfund an die Europäische Union.**

Trotzdem könnte nun ausgerechnet er die angeschlagenen Tories retten. Zum einen ist ihm selbst klar, dass die Brexit-Versprechen utopisch waren. Johnson zielt deswegen auch gar nicht mehr auf eine Verlängerung – **er ist im Gegensatz zu May bereit zu einem Brexit ohne Deal.** Und obwohl er unmittelbar nach Mays Rücktrittsankündigung in den Umfragen zurückfiel, geniesst er bei den zutiefst gespaltenen Tories noch den grössten Rückhalt.

Das wichtigste Argument für Johnson jedoch dürfte die EU-Wahl liefern, die im Vereinigten Königreich bereits am Donnerstag über die Bühne ging. Resultate werden zwar erst kommende Woche veröffentlicht, doch die Umfragen deuten auf ein Ergebnis im unteren

zweistelligen Bereich für die Konservativen hin.

Labour könnte auf rund ein Dutzend Prozent mehr Stimmen kommen als die Tories, klarer Gewinner ist Nigel Farages Brexit-Partei. Kommt es in den nächsten Monaten zu Neuwahlen, wäre Johnson nach einer Umfrage von Mitte Mai der einzig mögliche May-Nachfolger, welcher der Opposition und den rechten Kräften im Land das Wasser abgraben kann.

In Interlaken erteilte er dem von May zuletzt ins Spiel gebrachten zweiten Referendum eine Absage – genauso wie einer weiteren Fristverlängerung für den Brexit: **«Wir verlassen die EU am 31. Oktober – ob mit oder ohne Deal.»**

Seine Konkurrenten um den Parteivorsitz, der traditionell mit dem Anspruch auf das Amt des Premierministers verknüpft ist, hat er inzwischen weit hinter sich gelassen. Die britischen Buchmacher geben ihm eine 50-Prozent-Chance. Ex-Brexit-Minister Dominic Raab (45) ist ihm noch am dichtesten auf den Fersen, kommt in Umfragen aber nur auf 14 Prozent. **Es spricht einiges dafür, dass Johnson bereits einflussreiche Tories wie den Brexit-Hardliner Jacob Rees-Mogg (50) und die Arbeitsministerin Amber Rudd (45) hinter sich hat.**

In Interlaken machte er keinen Hehl daraus, dass es Grossbritannien heute vor allem wegen der EU so gut geht. Die Zukunft aber liege ausserhalb der europäischen Währungs- und Wertegemeinschaft. ●



Die Einsamkeit der britischen Premierministerin: Soeben hat Theresa May ihren baldigen Rücktritt bekannt gegeben – unter Tränen.



Rechtspopulist Viktor Orbán (55), Ministerpräsident Ungarns.



Rechtspopulist Matteo Salvini (46), Vize-Regierungschef Italiens.



Rechtspopulist HC Strache (49), Ex-Vizekanzler von Österreich.



Rechtspopulistin Marine Le Pen (50), Oppositionsführerin in Paris.



Rechtspopulist Alexander Gauland (78), Oppositionsführer in Berlin.

Jenseits von Ibiza

Die Europawahlen in dieser Woche sollten zur Sternstunde der Rechtspopulisten werden – doch die Nichtwähler haben ganz eindeutig die Nase vorn.

Gauri van Gulik ist empört. Wie Tausende EU-Bürger durfte auch die französische Europa-Direktorin von Amnesty International in London nicht an der Europawahl teilnehmen. Die britische Wahlkommission hat den Schuldigen schon gefunden: das Brexit-Chaos.

Rund 420 Millionen Stimmberechtigte waren in den vergangenen vier Tagen an die Urnen gerufen, um über die Verteilung der insgesamt 751 Sitze des Europaparlaments zu entscheiden. Mit dabei die Briten, die die EU schon längst hatten verlassen wollen.

Die meisten der 73 von Grossbritannien entsandten Parlamentarier dürften zur Brexit-Partei des EU-Feindes Nigel Farage gehören. Der will die Gemeinschaft von innen heraus zerstören.

Auch deshalb warf Theresa May am Freitag das Handtuch. Die glücklose Premierministerin wird den Vorsitz der Konservativen am 7. Juni abgeben. **Bis Ende Juli soll dann ein neuer Regierungschef feststehen.** Die Wettbüros in London tippen auf den Brexit-Hardliner Boris Johnson (siehe Artikel links).

Druck auf die Gemeinschaft kommt auch aus Italien. Zusammen mit Rechtspopulisten und Nationalisten aus Frankreich, Deutschland und Österreich träumt Innenminister Matteo Salvini von einer «Super-Frak-

tion» gegen das «alte Europa». Mit im Boot der EU-Feinde sollen auch der Ungar Viktor Orbán und die polnische PiS-Partei sitzen.

Doch seit dem Spitzenklasse-Skandal, der am Freitagabend vor einer Woche die politische Landschaft Österreichs verwüstete, ist nichts mehr, wie es war.

Zuerst flog Vizekanzler Heinz-Christian Strache wegen eines vor zwei Jahren heimlich aufgenommenen Videos aus der Wiener Regierung. In einer Villa auf Ibiza hatten der Vorsitzende der rechtspopulistischen FPÖ und sein Parteifreund Johann Gudenus um die politische Gunst – und das Geld – einer vermeintlichen russischen Oligarchennichte geworben.

Die Koalition der konservativen Volkspartei (ÖVP) mit den Freiheitlichen war am Ende. Für Mitte September sind vorgezogene Neuwahlen angesetzt. **Ob Kanzler Sebastian Kurz sich bis dahin halten kann, ist mehr als fraglich.** Schon am morgigen Montag droht ihm ein Misstrauensantrag im Parlament.

Doch Ibizagate ist nicht das einzige Problem der Europagegnern in diesen Tagen.

In Warschau kämpft die nationalkonservative Regierung seit Wochen gegen einen Dokumentarfilm über Sexualverbrechen in